

Austausch mit Ulrike Grosse-Röthig (DIE LINKE) im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Mit Bibel und Grundgesetz. Der Beauftragte trifft ...“ am Mittwoch, d. 7. Februar 2024 um 19.00 Uhr in Gotha, Augustinerkloster, Judenstraße 27

Kirche und Die Linke: Speicher offener Herzen

Ulrike Grosse-Röthig:

Vielen Dank, dass ich hier sprechen darf. Es ist für mich als Politikerin der Linken keine Alltäglichkeit angefragt zu werden, über Glaube und Politik zu sprechen. Meistens ist nur eine Seite der Medaille gefragt. Doch es sind zwei Seiten ein und derselben Medaille – und zwei Seiten der Frau, die vor Ihnen sitzt. Mir ist aufgefallen, dass Ihre Fragen nicht der Politikerin als Person gelten, sondern der Partei. Ich könnte jetzt Zitate aus dem Entwurf unseres Regierungsprogramms verlesen. Doch das Kleben an Buchstaben bringt uns nicht weiter. Heute sind wir als Menschen mit dem gefragt, was wir einbringen und mitbringen, mit unserer Haltung und mit unserer Menschlichkeit. Deshalb erlauben Sie mir, dass ich mich von Ihrer Fragestellung löse und auf meine Sicht fokussiere. Immerhin die Sicht der Vorsitzenden der Partei Die Linke in Thüringen, einer pluralen Partei, die - Gott sei Dank! - keine Einheitsmeinung mehr kennt.

Ich bin in Weimar Gemeindegliederungsrätin im Herder-Sprengel. Ich bin Synodale im Kirchenkreis und - wenn man den Versuch einer Kategorisierung unternehmen wollte -, würde man mich vermutlich als sogenannte „Hochverbundene“ bezeichnen. Als Lektorin in meiner heiß geliebten, strahlend weißen, uralten und von Jahrhunderten von Gebeten widerhallenden Herderkirche darf ich das Evangelium lesen, mit verkünden und Teil der Gemeinschaft sein. Die Frage des Positivbezugs der Politik meiner Partei zum christlichen Menschenbild ist für mich eine Herausforderung, da mein politisches Engagement die Verlängerung meines Glaubens in die Profanität ist. Eine Trennung der beiden Menschenbilder - des profanen und des geistlichen - ist für mich nicht denkbar.

Dabei ist es egal, ob es um die Unteilbarkeit der menschlichen Würde, die Anerkennung des Individuums als einzigartig und wertig in seiner Schöpfung, um Barmherzigkeit oder tätige christliche Nächstenliebe geht. Der Glaube an die bessere

Welt, dieser Utopie-Überschuss, ein linkes politisches Engagement, wie wir es heute in meiner Partei verstehen, ist auch das, was wir in unseren Kirchen verkündigen. Der Auftrag, einzusetzen, was uns gegeben ist, um für die Benachteiligten positiv zu wirken, ist beiden Organisationen immanent und steht nicht im Widerspruch. Heute erlebe ich meine Partei als offen gegenüber der Gesellschaft und - ebenso wie meine Kirche - als Speicher offener Herzen.

Ich bin Mutter von zwei Töchtern. Beide singen im Chor unserer Gemeinde. Chorkinder sind am Heiligabend genauso gefragte Personen wie Lektorinnen. Daher verbringen wir seit vielen Jahren den Heiligabend von Mittag bis zum späten Abend zwischen Krippenspielen, musikalischen Christvespern und Gottesdiensten in der Kirche. In diesem Jahr sind so viele Menschen in unsere Kirche geströmt, wie nie zuvor. Warum kommen diese Menschen? Was bringt Sie dazu, den gemütlichen Teil des Heiligabends zu unterbrechen und sich auf den Weg zu machen? Ich glaube, es ist die Suche nach Freundlichkeit. Freundlichkeit und das Barmherzigkeitsversprechen helfen auszuhalten, dass das Finden von Antworten heute so schwierig zu sein scheint. Freundlichkeit ist das, was man noch beitragen kann, wenn vermeintlich nichts mehr geht.

Ich habe neulich in Eisenberg eine Rede über Angst und ihre Überwindung gehalten: Angst als notwendiges Zeichen von Wachheit bei der Wahrnehmung der Welt und ihre Überwindung als Schritt heraus aus der Passivität, als Schritt zu Mut und Selbstwirksamkeit. Angst ist eine der größten Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt. Natürlich stehen dahinter objektiv vorhandene Herausforderungen, wie der demografische und klimatische Wandel. Um diesen begegnen zu können, muss es gelingen, den Menschen den Übertritt von Angst zu Mut zu ermöglichen.

Jenseits konkreter Vorschläge von Gesundheitskiosken, Gemeindeschwestern, einer Garantie für Mobilität, bezahlbare Energie, beitragsfreie Bildung und Chancengleichheit für alle Kinder, wird es darauf ankommen, eine Gesellschaft der offenen Herzen und der Freundlichkeit zu ermöglichen. Einander aushalten in Verschiedenheit, und Zumutungen ertragen. All' das geht nur mit sicherem Boden unter den Füßen. Diesen sicheren Boden zu geben, den notwendigen Wandel unserer Gesellschaft zu organisieren und zugleich das Leben der Menschen sozial

abzusichern, das ist, wofür wir als Linke wirken wollen. Ein neues Sozialstaatsversprechen: Nicht Eingreifen von oben, sondern gründend und sichernd von unten. Wenn es nicht gelingt, den Menschen die Sorgen vor dem Wandel zu nehmen, dann wächst die Angst und der Mut verkümmert.

Weil ich Herausforderungen mag, hat es sich wohl so gefügt, dass ich neben drei Wahlen in diesem Jahr auch noch eine Konfirmation organisieren darf. Am 9. November des letzten Jahres haben unsere Konfirmandinnen und meine Tochter in Weimar, der kleine Stadt im Schatten des ehemaligen KZ Buchenwald, das Gedenken an die Opfer der Pogrome gestaltet. Sie haben den Opfern ihr Menschsein wiedergegeben, indem sie ihre persönliche Leidensgeschichte erzählt haben. Dabei wurde ganz in der Nähe der Kirche von einem Gemeindemitglied gesprochen: Eine anerkannte Frau, Pupp doktorin und vom jüdischen Glauben konvertiert. Sie wurde keine 200 Meter entfernt von der Kirche Opfer, die doch ihr religiöses Zuhause war. Seitdem uns Anfang 2024 „Correctiv“ enthüllt hat, dass sich rechte Politiker in einer Art „Wannsee-Konferenz 2.0“ darüber ausgetauscht haben, wo und wie neue Lager für Ethnien, Unangepasste und ‚Nichtassimilierte‘ errichtet werden könnten, kommt mir diese Geschichte immer wieder ins Gedächtnis. Wird meine Kirche an meiner Seite stehen, wenn das „Nie wieder!“ fällt, die AfD nach der Macht greift und ich als Nichtassimilierte gelte? Oder werden sich die Reihen öffnen und mich freigeben und das „Nie wieder!“ dem Vergessen anheimstellen? Ich habe eine klare Erwartung der offenen Herzen und des offenen Geistes der historischen Verantwortung. Wir stehen als Demokratinnen und Demokraten, als Christinnen und Christen sowie als Linke und Konservative in der Pflicht, den Griff nach der politischen Macht von rechts gemeinsam zurückzuweisen. Wer die Integration von Menschen mit Beeinträchtigungen ablehnt und an den Schulen wieder trennen will, wer Millionen Menschen aus unserem Land ausweisen und deportieren will, wer gegen gleichgeschlechtliche Liebe hetzt oder wer Frauen wieder zurück an den Herd verbannen will, dem müssen wir gemeinsam widersprechen.

Auf eine Frage, die uns immer wieder begegnet möchte ich noch eingehen: Die Linke steht ohne Wenn und Aber für die verfassungsrechtliche Garantie von Religionsfreiheit. Ein Beispiel: Der Sonntag als Ruhetag schenkt den Menschen Zeit für Familie und Freunde, gewährt Erholung und ist nicht zuletzt für mich und auch für

unseren Ministerpräsidenten Bodo Ramelow ein Tag der Religionsausübung und des Gottesdienstes. Die Sonntagsruhe ist in Artikel 140 unseres Grundgesetzes festgeschrieben - ausdrücklich mit Bezug auf die christliche Tradition. Natürlich müssen wir in Fragen von Gesundheitsversorgung, Rettungsdiensten, Verkehr und öffentlicher Daseinsvorsorge von der Sonntagsruhe abweichen. Aber die Absicht durch verkaufsoffene Sonntage mehr Gewinn zu erzielen, das sollte nicht zu den Ausnahmen gehören. Daher unterstützen wir die Forderung der Allianz für den freien Sonntag, wo Kirchen und Gewerkschaften Seite an Seite stehen. Ein arbeitsfreier Tag ist ein hohes Gut des Gemeinwohls, das wir erhalten wollen und er ist eine verfassungsrechtliche Garantie zur Ausübung der Religion.

André Demut:

Vielen Dank für Ihren starken Impuls! Sie haben sich als Person gezeigt, als Christin, als jemand, die in der Kirchengemeinde engagiert ist. Und Sie haben das politische Engagement mit dem Christlichen verknüpft. Sie haben markiert, dass Ihre Partei eine plurale Bandbreite hat.

Nun war ich dankbar, dass es schon einen Entwurf für Ihr Wahlprogramm gibt, in dem ich die ein oder andere Differenz markieren konnte und wo ich kritisch nachfragen möchte.

Ich will gerne dort anknüpfen, wo Sie eine große Schnittfläche zwischen dem Evangelium und der Programmatik Ihrer Partei benannt haben. Zum Beispiel der Utopie-Überschuss: die Welt und wir alle stehen unter einer Verheißung und ich glaube und nehme das aus der Bibel so wahr, dass Gott in uns immer mehr sieht, als den faktischen Ist-Zustand. Über jedem Mensch steht eine Verheißung, was aus ihm alles werden kann! Hier nehme ich vieles wahr, was sich auch im Programm Ihrer Partei findet. Ich denke da auch an die unbedingte Markierung der Menschenwürde. Bei Ihrer Antwort auf meine zweite Frage zu den größten Herausforderung für Thüringen und was Sie von den evangelischen Kirchen erwarten, da habe ich gehört, dass Sie als größte Herausforderung das Bewältigen der Transformationsnotwendigkeiten markiert haben. Sie haben von „Angst versus Mut“ gesprochen und gefragt, wo Kräfte herkommen sollen, um diese Herausforderungen gut zu bewältigen. Sie haben davon gesprochen, dass es für diesen Weg in die Zukunft sicheren Boden unter den Füßen braucht und das Sozialstaatsversprechen markiert, das ich in Ihrem Wahlprogramm gelesen habe.

Hier will ich eine kritische Rückfrage stellen. Es heißt in Ihrem Programm: „Alles, was jeder braucht, muss in öffentliche Hand“. Sie haben vorhin gesagt, der Linken schwebt keine Gesellschaft vor, wo alles „von oben nach unten“ gedacht wird. Wenn ich jetzt lese, „alles muss in öffentliche Hand“, da frage ich mich, wo kommen hier die freien Träger und die Individuen vor? Ich nehme in Ihrem Wahlprogramm wahr, dass das Subsidiaritätsprinzip auf dem Kopf steht.

Sie haben weiterhin als Herausforderung die Gefährdung der Demokratie durch Rechtsextremismus markiert, durch Populismus und durch Menschen, die sich nach einfachen Lösungen sehnen. Und Sie haben gefragt, wo unsere Kirche in dieser Herausforderung steht. Ich nehme viel Sensibilität in unserer Kirche für die Gefährdung der Demokratie wahr. Und ich nehme viel Widerstandskraft gegen deren Gefährdungen und die Bereitschaft wahr, sich für eine menschenfreundliche und plurale Gesellschaft einzusetzen. Bei den Leitenden auf landeskirchlicher und mittlerer Leitungsebene bin ich mir sicher, dass unsere Kirche sehr wach ist, was die Gefährdung der Demokratie betrifft.

Die dritte Frage war nach Chancen und Herausforderungen für die verfassungsrechtlich garantierten Formate der positiven Religionsfreiheit. Sie haben vom Sonntagsschutz gesprochen – ein ganz wichtiges Thema. Eins meiner ersten Erlebnisse im Thüringer Landtag im Jahr 2021 in einer mündlichen Anhörung war die Stellungnahme zu einem Gesetzesvorschlag, der auf eine weitere Durchlöcherung der Sonntagsruhe zielte. Ich habe dann mit den Partnern auch aus der „Allianz für den Sonntag“ den Rücken gerade gemacht und in der Anhörung auch den anwesenden Abgeordneten erklärt, was „christliches Menschenbild“ bedeutet.

Doch auch hier kann ich Ihnen kritische Rückfragen nicht ersparen. In Ihrem Entwurf des Wahlprogramms gibt es nur sieben Zeilen, in denen es explizit um Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften geht: „Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sind selbstverständlicher Teil des öffentlichen Lebens. Die Linke Thüringen tritt für die institutionelle Trennung von Staat und Kirche ein. Wir sind gegen die eingeschränkten Arbeitnehmerrechte in kirchlichen Einrichtungen und fordern die Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen.“

Gesellschaftliches Engagement der Kirchen sollte gefördert werden, allerdings im gleichen Maße wie bei anderen sozialen und gesellschaftlichen Organisationen.“

Ich nehme oft ein gewisses Ungleichgewicht wahr. Wir leben in einem säkularen Land, wo Kirche und Glaube in der Öffentlichkeit oft keine großen Rollen spielen. Gleichzeitig hatte ich schon als Gemeindepfarrer den Eindruck, dass auch in der säkularisierten Gegend, wo ich gearbeitet habe, an uns als Kirche von der Gesellschaft und der Politik viele hochgesteckte und positive Erwartungen adressiert werden. Und Sie haben ja diese Erwartungen uns als Kirche auch beschrieben. Ich nehme ein gewisses Ungleichgewicht wahr, wie angesichts dieser hochgesteckten Erwartungen knapp und lapidar die Kirchen in Ihrem Wahlprogramm erwähnt werden. Auch finde ich es gönnerhaft, in welchem Tonfall hier von uns Kirchen gesprochen wird. Und es wird eine Trennung gefordert, die schon seit 1919 institutionalisiert in der Weimarer Reichsverfassung besteht. Es wird die Frage der Ablösung der Staatsleistungen mit dem Fördermittelgedanken vermischt. Staatsleistungen sind keine „Fördermittel“, sondern Entschädigungen für Enteignungen. Und die Tatsache, dass die evangelischen Kirchen in Thüringen 2000 Kirchen und Kapellen unterhalten, bei denen 95% unter Denkmalschutz stehen, hunderte Chöre, 600 Friedhöfe in kirchlicher Trägerschaft allein in Thüringen, Soziales, Bildung, freie Träger...! Und die positive Religionsfreiheit sind keine Privilegien, die die Obrigkeit gönnerhaft gewährt! Der Grundgedanke von positiver Religionsfreiheit, Grundgesetz Artikel 4, Artikel 7, man kann auch an Artikel 2 Grundgesetz denken, das sind Grundrechte.

Grosse-Röthig:

Sicherlich gibt es im Programm nur einen kleinen konkreten Bezug. Nichtsdestotrotz hoffe ich, dass man dem Programm anmerkt, dass das christliche Menschenbild und das vermeintlich ‚säkulare‘ Menschenbild der Linken ein und dasselbe sind. Ich halte nichts davon, wenn wir hinter jedem Satz schreiben: „Aber die Kirche sagt’s auch!“. Nicht das Kreuz an der Wand, sondern das Kreuz im Herzen ist entscheidend. Entscheidend ist für mich und für all die, mit denen ich in der Partei arbeite, der Geist, den dieses Programm atmet. Und da ist der zitierte Absatz im Programm nur ein deklaratorischer zu Weltanschauungsgemeinschaften. Aber die entscheidenden Punkte stehen in den 3739 weitere Zeilen. Da kommt deutlich zum Ausdruck, wo wir

auch an der Seite der Kirche und an der Seiten der Gläubigen und im Geiste nebeneinanderstehen.

Dann haben Sie die vermeintliche Verstaatlichung von Eigentum angesprochen - aber darum geht es nicht. Ich will es beispielhaft an der Landeswohnungsbaugesellschaft zeigen: Wir erleben, dass große Teile der Gelder für sozialen Wohnungsbau und Modernisierung von Altbau nicht abgerufen wurden, weil es einfacher ist, sich am Markt Geld für Wohnungsbau ohne Auflagen und für den urbanen Bereich zu besorgen. Das hat uns gerade für den Bereich des ländlichen Raumes schockiert. Um dort, wo der Markt es nicht regelt, eingreifen und im ländlichen Bereich Wohnen für jeden, für jedes Alter zu ermöglichen oder die Modernisierung von leer stehenden Gehöften hin zu altersgerechtem Wohnen zu ermöglichen, braucht es im Zweifelsfall in Staatshand. Um zu ermöglichen, nicht um zu verstaatlichen. Die Eigentumsgarantie - ich bin Juristin - die fassen wir nicht an. Es geht nicht darum, freien Trägern etwas wegzunehmen. Aber wir werden mehr und mehr erleben, dass im Zweifelsfall unrentable Sachen aufgegeben werden. Und wenn der Markt es dort nicht mehr regeln, dann muss es eine staatliche Garantie geben. Oder wenn durch freie Träger keine Kindertagesbetreuung mehr möglich ist, dann muss da einfach der Staat kommen und sagen: Doch wir sind da, wir geben die Sicherheit.

Demut:

Das ist der Kerngedanke des Subsidiaritätsprinzips: Die kleinste Einheit der Gesellschaft, die Familie, das Individuum oder die nächste Nachbarschaft kümmert sich um Dinge. Und wenn diese Einheit dazu nicht in der Lage ist, springt die nächstgrößere ein, die Kommune, das Land, der Bund oder Europa. Aber immer von unten nach oben gedacht! Ich erlebe in vielen Kommunikationen, nicht nur mit Ihrer Partei, dass viele Menschen ständig die Erwartungen nach ganz oben adressieren und dann natürlich viel Frust entsteht, weil „die da oben es nicht hinbekommen.“ Das ist so ein billiges populistisches Ding, bei dem ich manchmal denke, diese Staatsgläubigkeit kommt mir vor wie die Zwillingsschwester des Populismus. Staatsgläubigkeit und Populismus sind strukturanalog. Immer wird die Verantwortung nach oben adressiert.

Grosse-Röthig:

Aber es geht uns ja nicht darum, Eigenverantwortung zu schwächen, sondern es geht um ein tiefes ‚Sich-verlassen-können‘. Und das hat ja mit Verantwortungslosigkeit oder der Abgabe von Verantwortung nur wenig zu tun. Aber ich kann nur frei agieren, wenn ich mich auf etwas verlassen kann. Das ist auch ein urchristliches Bild: Ich bin getragen und dann muss es auch die Sicherheit für die Dinge geben, die der Mensch zum Leben braucht. Nur dann kann es eine freie Entfaltung von Verantwortung und von Willen geben. Nun haben wir als Christinnen und Christen immer die Sicherheit, im geistlichen Sinne getragen zu sein. Sie haben es eben gesagt: 70% der Menschen haben nicht mal das geistliche Getragensein, sondern erleben eine tiefgreifende Angst vor Verlust und vor der Möglichkeit zu fallen. Es muss uns gelingen, das wieder aufzufangen, ohne alle in die Verantwortungslosigkeit abzugeben. Es muss einfach einen Boden geben, auf dem jeder sicher stehen kann. Wenn ich mir den Arm breche, dann muss da irgendwo ein Arzt sein und ich darf keine Angst haben, dass ich mir selbst überlassen bin.

Demut:

Bei der Frage „medizinische Versorgung ist auch geschlechtsspezifisch“ in ihrem Programm wird von „Männern, die nicht zum Arzt gehen,“ gesprochen, und dass diese dann „nicht immer die optimale Behandlung erhalten“. Ich weiß, was Sie meinen. Dennoch habe ich gedacht: Wenn ich nicht zum Arzt gehe, dann habe ich doch selbst einen erheblichen Anteil daran, dass es jetzt schwierig wird für meine Gesundheit. Ist die Gesellschaft dann schuld, wenn der Mann nicht zum Arzt geht?

Grosse-Röthig:

Ich möchte nicht von Schuld sprechen. Aber natürlich ist es ein gesellschaftliches Bild, das wir Menschen vermitteln und so auch ein gesellschaftliches Problem. Dieses „Du bist ein starker Mann und gehst erst zum Arzt, wenn du den Kopf unterm Arm trägst!“ ist doch ein gesellschaftliches Bild, was wir Menschen aufoktroyieren...

Demut:

Da hakt es jetzt bei mir beim christlichen Menschenbild. Gott sei Dank leben wir in einem Land, das im Vergleich mit anderen Ländern hohe soziale Standards hat. Neben diesem Eingebundensein redet das christliche Menschenbild auch vom

selbstverantwortlichen Menschen. In der Bibel heißt es sinngemäß an vielen Stellen: Dort – den Geboten Gottes gemäß – geht es ins Leben. Und wer sich nicht an diesen Geboten orientiert, geht in die Irre. Die Angesprochenen werden als Menschen adressiert, die selbst entscheiden können und die dann auch mit den jeweiligen Folgen ihrer Entscheidungen leben werden.

Grosse-Röthig:

Im Prinzip haben Sie die Antwort schon selbst gegeben. Wenn ich jemanden schon von vornherein die Entscheidung nehme, selbst mündig zu sein, dann hab ich keine Wahlfreiheit. Wenn ich jemanden von vornherein sage, dass es die Wahl, ob du etwas machen möchtest oder nicht, nicht gibt oder nicht ohne dich als schwach darzustellen, dann habe ich auch keine Mündigkeit.

Demut:

Vielen Dank für den Austausch bis hierhin!